

Der Vollzugsdienst

6/2010 - 57. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Zum Weihnachtsfest
und
Jahreswechsel**

Jahresrückblick des BSBD-
Bundesvorsitzenden Anton Bachl

Seite 1

**Der BSBD erneuert
seine Forderung nach
Mindestlöhnen**

Die Privatisierung fördert
das Lohndumping

Seite 2

**Der Hessische
Justizvollzug ist personell
am Ende**

Gewerkschaftstag des BSBD Hessen
gegen Personalkürzungen

Seite 23

Landwirtschaftliche Außenstelle der JVA Freiburg



Lesen Sie im Fachteil dieser Ausgabe: Kriminalität von Aussiedlern, Teil 3

Zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel!

Zwanzig Jahre ist es bereits her, dass sich in Deutschland und in der Welt die politischen Verhältnisse grundlegend gewandelt haben. Die friedlichen Demonstrationen in der DDR, der Fall der Mauer und die ersten freien Wahlen haben die Wiedervereinigung nach fast 40 Jahren deutsch-deutscher Teilung erst möglich gemacht. Mit der deutschen Einheit mussten die Menschen in der DDR ihr privates wie berufliches Leben von Grund auf neu gestalten. Wenn die Menschen eines Landes es schaffen, friedlich und nur mit einer Kerze in der Hand eine ganze Mauer einzureißen, Grenzen grenzenlos zu machen und eine verkrustete, rückwärts gewandte politische Führung gewaltlos zu entmachten, dann würden sie es auch schaffen, die Angleichung der konkreten Lebensverhältnisse zu realisieren.

Die schnelle Anpassung der Lebensverhältnisse, liebe Kolleginnen und Kollegen im Osten unserer gemeinsamen Republik, habt ihr geschafft. Und dafür verdient Ihr höchsten Respekt. Alleine deshalb schon gehen kurz vor dem Fest und dem Jahreswechsel meine Gedanken zu den „neuen“ **BSBD**-Landesverbänden.

Thüringer Landesverband feierte 20-jähriges Bestehen

Solche Gedanken waren es auch, die ich am 29. Oktober 2010 im thüringischen Arnstadt den Kolleginnen und Kollegen des Thüringer **BSBD**-Landesverbandes versucht habe zu vermitteln, als ich die Ehre hatte, nicht nur die Glückwünsche der **BSBD**-Bundesleitung, sondern die aller im **BSBD** organisierten Mitglieder zu überbringen. Mein Dank gilt besonders jenen Kolleginnen und Kollegen, die den **BSBD** in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten auch in den neuen Bundesländern zu einer schlagkräftigen, durchsetzungstarken Fachgewerkschaft entwickelt haben. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl und die gelebte Solidarität sind es, was unsere Gewerkschaft im Innersten zusammenhält, was sie stark und durchsetzungsfähig macht, was sie vorantreibt, um den Strafvollzugsbediensteten auf der politischen Bühne Gehör und Gewicht zu verschaffen.

Gewerkschaftspolitisch trete ich für eine inhaltliche Diskussion zur Modernisierung und Neuausrichtung der Gewerkschaft ein.

Zwar verfügt unser **BSBD** im Bereich des Strafvollzuges über eine große Mitgliedernähe, über eine hohe Kompetenz

und vor allem über die Möglichkeit, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu bündeln, zu artikulieren und unmittelbar an die Entscheidungsträger der Politik heran zu tragen. Dies ist ein enormer strategischen Vorteil gegenüber gewerkschaftlichen Großorganisationen, in denen die Interessen von Berufsgruppenminderheiten, wie wir sie im Strafvollzug vorfinden, regelmäßig durch den Rost der real existierenden Mehrheitsverhältnisse fallen. Dies allein wird aber künftig nicht mehr ausreichen, um bei den Kolleginnen und Kollegen als effizienter Interessenvertreter wahrgenommen zu werden. Es wird vielmehr darauf ankommen, auf die inhaltlichen Fragen und Erwartungen unserer Mitglieder schlüssige, sachgerechte Antworten zu geben.

Wenn sich eine Gewerkschaft zum Beispiel inhaltlich strikt gegen Privatisierungstendenzen positioniert, dies aber



Anton Bachl, **BSBD** Bundesvorsitzender.

nicht von allen Organisationsebenen mit vollzogen wird, ergibt sich zwangsläufig ein Glaubwürdigkeitsproblem. Im Interesse einer wirksamen Interessenvertretung ist folglich eine einheitliche Strategie anzustreben. Andernfalls kann den in einigen Bundesländern zu beobachtenden Bestrebungen, die Personalkosten des Vollzuges durch Teilprivatisierungen zu mindern, nicht wirksam entgegen getreten werden.

Personalratswahlen sind Seismografen

Die Kolleginnen und Kollegen in den betroffenen Anstalten müssen sich Tag für Tag mit den negativen Folgen für ihre spezifische Situation auseinandersetzen. Sie nehmen regelmäßig herausgehobene Aufgaben wahr, ohne dafür eine entsprechende Besoldung zu erhalten. Hier wird sich der **BSBD** nachhaltig positionieren

müssen, um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen sachgerecht und wirksam wahrzunehmen.

Seismografen einer guten Gewerkschaftsarbeit sind die Personalratswahlen. In dieser Hinsicht können wir von Stuttgart 21 lernen. Die dortige Entwicklung zeigt, dass sich Unzufriedene erst abwenden, um anschließend gegen bevorstehende Entscheidungen zu protestieren.

Sorgen der Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen

Auf den Vollzug übertragen bedeutet dies, dass zunächst ohne rechte Substanz kritisiert wird, dass man sich dann von der Gewerkschaft abwendet und versucht, mit einer freien Liste etwas zu bewirken. Eine solche Entwicklung ist fatal, weil sie die Kräfte der Kolleginnen und Kollegen dort spaltet, wo Interessenbündelung notwendig ist. Deshalb sollten wir vom **BSBD** die Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen im Großen wie im Kleinen ernst nehmen und zur Grundlage unserer Gewerkschaftsarbeit machen. Dies trifft besonders für die Teilprivatisierung vollzuglicher Aufgaben zu. Umfragen zeigen, dass regelmäßig mehr als 95 Prozent aller Befragten erklärten, dass sie die Privatisierung des Strafvollzuges aus Angst vor Sicherheitsrisiken ablehnen und nur zwei Prozent der Befragten sind gegenteiliger Ansicht. Für den **BSBD** kann dies nur heißen, dass wir uns zum kompetenten Fürsprecher und Anwalt des Strafvollzuges und der Gesellschaft in dieser Frage machen müssen.

Der Strafvollzug ist und bleibt ein Eckpfeiler der inneren Sicherheit. Daran dürfen wir in keiner Weise rütteln lassen. Rottweil in Baden-Württemberg ist ein schlagendes Beispiel dafür, was passiert, wenn die Bürger das Vertrauen in die Sicherheitspolitik verlieren. Hier hat der Protest zwischenzeitlich derart massive Formen angenommen, dass selbst notwendige Einrichtungen vom Bürger nicht mehr akzeptiert werden. Im Gegenteil: Die Argumente verselbständigen sich. Ja, inzwischen streiten sogar die dortigen regionalen Bürgermeister und Landräte innerhalb ein und derselben Partei. Dass diese Entwicklung den neoliberalen Vordenker der FDP, **Prof. Dr. Goll**, nicht juckt, verstehe ich gut, es sind ja nicht seine Parteifreunde, die

da protestieren. Dass aber die CDU-Verantwortlichen Golls Privatisierungswahn überhaupt keinen Einhalt gebieten, ist mir unverständlich, schließlich tragen sie die Risiken dieser verfehlten Gollischen Politik.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung fast aller gesellschaftlichen Bereiche ist die im Rahmen der Föderalismusreform vorgenommene Kompetenzverlagerung vom Bund auf die Länder nicht in allen Punkten verständlich. Der grundgesetzlich verankerte Föderalismus wurde neu definiert. Die Länder verlangten die gesamte Zuständigkeit für den Strafvollzug und bekamen sie. Die gesetzliche Grundlage der Sicherungsverwahrung bleibt jedoch weiter in der Hand des Bundes. Nachdem die europäische Rechtsprechung deren nachträgliche Anordnung und das Abstandsgebot kassiert hat, soll dieser Bereich nach dem Willen der Bundesregierung künftig so geregelt werden, dass die Gesellschaft weiter vor gefährlichen Straftätern dauerhaft geschützt bleibt.

Die Sicherungsverwahrung kostet viel Geld

Im gleichen Atemzug, in dem die Länder die Zuständigkeit forderten, beschlossen sie eine Schuldenbremse im Grundgesetz. Jetzt merken sie, dass die Sicherungsverwahrung Geld, viel Geld, kostet wird. Die Folge: Die Bundesländer beginnen nach Kooperationen mit benachbarten Ländern Ausschau zu halten, um gemeinsame Einrichtungen zu schaffen und zu betreiben. Doch das, was sich in Pressemitteilungen oftmals

so schön und harmonisch liest, stellt sich in der Wirklichkeit schnell als alltagsuntauglich oder zumindest als sehr schwierig heraus. Denn klar ist, dass das Bundesland, das die Einrichtung betreibt, dies auch für den Partner nicht kostenfrei machen kann. Damit werden aber auch Arbeitsplätze in das jeweilige Betreiberland einer solchen Einrichtung ausgelagert.

Die Einkommen liegen unter den Hartz-IV Sätzen

Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum beispielsweise für den geplanten PPP-Neubau in Bremervörde die Kommunen in regelrechten Jubel ausbrechen. Ihnen ist offensichtlich nicht bewusst, dass auf sie erhebliche Mehrkosten zukommen werden. Schließlich sind sie es, die für das privatwirtschaftlich tätige Personal die Sozialtransfers übernehmen müssen, wenn die Mitarbeiter privater Dienstleister wegen des in dieser Branche vorherrschenden Lohndumpings nicht einmal die Hartz-IV-Sätze erreichen.

Hier schließt sich beispielhaft eine Globalisierungsgroteske. Hamburg verfügt über freie Haftplatzkapazitäten, aber Niedersachsen lässt dennoch von einem niederländischen Unternehmen in Bremervörde ein PPP-Projekt errichten und zugleich auch noch teilprivatisiert betreiben. Eine deutliche Absage an die unverantwortlichen Privatisierungspläne kam von Thüringens Justizminister **Dr. Holger Poppenhäger** (SPD). „Privatisierung ist ein Weg, der in die Irre führt. Das ist mit mir nicht zu machen“, erklärte der Politiker auf der **BSBD-Festveranstal-**

tung und hatte damit die Vollzugspraktiker auf seine Seite.

Allen **BSBD**-Landesverbänden im Osten wünsche ich zunächst einmal Kraft, Mut und Zuversicht für die Arbeit in den kommenden 20 Jahren. Ich bin mir sicher, es wird uns gelingen, unsere Fachgewerkschaft weiter erfolgreich aufzustellen und zu positionieren. Wir werden so arbeiten, wie wir es in der Vergangenheit oft und erfolgreich getan haben: Ärmel hochkrepeln und anpacken!

Die Gewerkschaft muss sich weiter als fachkompetenter Interessenvertreter im Bereich der Tarif- und Besoldungspolitik profilieren, was angesichts der im öffentlichen Dienst erkennbaren und immer weiter nach unten laufenden Einkommensentwicklung kompliziert genug sein wird. Wer, wie die Bediensteten im Strafvollzug, unter oftmals extrem schwierigen Bedingungen seinen beschwerlichen Dienst verrichtet, hat Anspruch auf eine angemessene Bezahlung. Es muss auch für uns gelten: Von Arbeit muss man leben können und von guter Arbeit gut.

Ein weiter Bogen ist gespannt, im Namen der **BSBD**-Bundesleitung wünsche ich allen Leserinnen und Lesern, allen Kolleginnen und Kollegen und ihren Angehörigen *eine besinnliche Adventszeit, ein fröhliches Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.*

All jenen Kolleginnen und Kollegen, die an den Festtagen im Einsatz für unsere Gesellschaft Dienst verrichten müssen, wünsche ich einen störungsfreien Dienstverlauf.

Ihr

Anton Bachl,
BSBD-Bundesvorsitzender

Anton Bachl widerspricht der Bundesarbeitsministerin

Der BSBD erneuert seine Forderung nach Mindestlöhnen

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Strafvollzugsbediensteten (**BSBD**) **Anton Bachl** widerspricht der Bundesarbeitsministerin: „**Mindestlöhne verhindern staatlich subventioniertes Lohn-Dumping! Privatwirtschaftlicher Billig-Vollzug ist in der Realität ohne staatliche Subvention sofort pleite!**“

Straubing. Nach den aktuellen Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums erhält ein unverheirateter Vollzeitbeschäftigter bei einem Stundenlohn von 7,21 Euro das gleiche Einkommen wie ein Hartz-IV-Empfänger bei einem Regelsatz von 364 Euro. Vor dem Hintergrund dieser Erhebung sieht sich der **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)**, im Gegensatz zu **Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen** (CDU), in seiner Forderung bestätigt. Die Forderung nach Einfüh-

rung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes ist nicht nur eine politische oder soziale, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Sofortaufgabe zur Sicherung des Standortes Deutschland.

BSBD-Bundesvorsitzender Anton Bachl: „Bei sinkenden Reallöhnen angesichts steigender Lebenshaltungskosten ist es unverzichtbar, dass die Einkommen mit dem Wirtschaftswachstum endlich wieder steigen. Das Lohnabstandsgebot schreibt aus gutem Grund vor, dass Arbeitnehmer mehr verdienen müssen als

Empfänger reiner staatlicher Transferleistungen. Die Alternative kann also nicht darin bestehen, Hartz IV faktisch abzusenken, um diesen Abstand ansatzweise zu wahren, sondern sie muss darin liegen, die Real-Einkommen zu erhöhen.“

Nach übereinstimmenden Berechnungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden müsste ein solcher Mindestlohn bei etwa 8,50 Euro liegen.

Anton Bachl verweist insbesondere darauf, dass die Einführung flächendeckender gesetzlicher Mindestlöhne nicht nur für schlecht bezahlte Gebäudereiniger oder Friseure notwendig ist. Längst ist auch der Staat in einem seiner Kernbereiche – der Justiz – mit Dumpinglöhnen für diese Fehlentwicklung mitverantwortlich. Die Privatisierung

von Teilen des Strafvollzugs hat Schritt für Schritt dazu geführt, dass genau dieses private Vollzugspersonal trotz Vollzeitbeschäftigung nicht mehr von seinen Einkünften leben kann.

Zudem bleibt wegen der privatwirtschaftlichen Ausrichtung zunehmend Fort- und Weiterbildung auf der Strecke; sind in den dienstlichen Abläufen vor dem Hintergrund eines immensen Kostendrucks erhebliche Defizite in den Sicherheitsstandards zu beklagen. Eine in der Folge erkennbare außerordentlich hohe Personalfuktuation führt dazu, dass dauerhaft neues Personal rekrutiert und eingearbeitet werden muss. „Auf der Strecke bleibt“, davon ist **Bachl** überzeugt, „die innere Sicherheit.“

In diesem Zusammenhang ist es für den **BSBD** völlig unverständlich, wenn die insgesamt beispielhafte Strafvollzugspolitik des niedersächsischen Justizministers **Bernd Busemann** (CDU) im Bereich der Strafvollzugsplanung durch ein geradezu skandalöses Dumping-Projekt konterkariert wird. Abgesehen davon, dass Kernbereiche des hoheitlichen Handelns und privates Gewinnstreben nie zusammenpassen werden, ist die geplante

Privatisierung der JVA Bremervörde ein Projekt, das trotz anhaltend negativer Erfahrungen anderer Bundesländer mit aller Macht umgesetzt werden soll. Allen Bedenken zum Trotz hält Niedersachsens Landesregierung an ihren Planungen fest. Schon skandalös ist auch die politische Kurzsichtigkeit der niedersächsischen Landesregierung in dieser Frage.

Während Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel** dem Druck aus der internationalen Währungsordnung und den USA nachgibt und selbst höhere Lohnabschlüsse fordert, um die Binnennachfrage anzukurbeln, hält **Busemann** indirekt an schamlosen Niedriglöhnen für die Privatbeschäftigten fest.

Sachsen lehnt Privatisierung ab

„Solche privatwirtschaftlichen Vollzugsmodelle rechnen sich weder heute noch langfristig, umso mehr als bereits mittelfristig – auch durch die demografische Entwicklung – mit einer Vollbeschäftigung zu rechnen ist“, so der **BSBD**-Bundesvorsitzende. Dazu kommt **Bachl** zufolge auch die für die Experten der Gewerkschaft nicht nachvollziehbare po-

sitive Haltung der umliegenden Gemeinden zu diesem Projekt, die sich vorgaukeln, die großen Nutznießer zu sein. „Es werden vielmehr gerade jene Gemeinden sein, die künftig für die dort lebenden privatisierten Sicherheitskräfte die sozialen Transferleistungen aufgebürdet bekommen, um deren Einkommen auf das Existenzminimum anzuheben.“

Bachl: „Es überrascht immer wieder, dass Kommunen und Gemeinden die erkennbare Spirale an auf sie zukommende „finanzielle“ Belastungen nicht im Blick haben.“ **Bachl** bietet deshalb den betroffenen Gemeinden an, über die Erfahrungen zu Kommunallasten bei der Privatisierung von JVAen ins Gespräch zu kommen.

Als „erfreulich“ bezeichnet es der Bundesvorsitzende dagegen, dass Sachsens Justizminister, **Dr. Jürgen Martens** (FDP), in einem Schreiben an den **BSBD** entsprechenden Privatisierungsansätzen für den im Freistaat geplanten JVA Neubau eine klare Absage erteilt hat. Dies sei „der richtige Weg, da die u. a. bei der Privatisierung der JVA Burg gemachten Erfahrungen im benachbarten Sachsen-Anhalt inzwischen deutlich negativ ausfallen.“

Die vergessene Sicherheit

Ein Kommentar von Burghard Neumann

In der Bundesrepublik ist dieser Tage ein Thema omnipräsent – die Gefahr der terroristischen Bedrohung gegen uns alle. Und natürlich wird das dann auch in vielfältiger Weise kommentiert.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat uns erklärt, dass Deutschland jetzt direkt im Fadenkreuz des islamistischen Terrors steht. Der Deutsche Bundestag, das Haus der Volksvertretung in Berlin, wird für Besucher zur Festung, auf Bahnhöfen und Flughäfen gehören schwer bewaffnete Polizisten zum Alltagsbild. Gleichzeitig ruft der Herr Minister uns aber auf, jetzt nicht hysterisch zu reagieren. Es gebe eine ernstzunehmende Bedrohungslage, aber man habe alles im Griff. Dabei ist doch spätestens seit dem 11.09.2001 klar, dass man diese Art der Bedrohung nirgends und zu keiner Zeit im Griff haben kann!

Entscheidend ist vielmehr, wie professionell können wir mit dieser Situation tatsächlich umgehen. Das ist für unsere Gesellschaft ja nun wirklich nicht alltäglich. Ein Stück weit ist Deutschland zurückversetzt in die Zeit des RAF-Terrorismus und seiner unheimlichen Begleiter. Nur damals war es eine verhältnismäßig kleine Gruppe Schwerstkrimineller, die mit Gewaltaktionen gegen Einzelne agierte. Heute ist die Sachlage anders. Fanatiker bedrohen jeden von uns und alles. Die so genannte Sauerland-Gruppe ist dafür beredetes Beispiel. Polizei und Geheimdienste haben zentral koordiniert erfolgreich gearbeitet. Und dann? – Dann verschwinden die Verbrecher hinter hohen Mauern, superfesten Gittern – und aus unser aller Gesichtskreis. Sie sind ja eingesperrt, nun ist die Welt vermeintlich wieder in Ordnung! Aber genau dieser letzte Teil der Kette der Inneren Sicherheit ist von Anfang an überhaupt nicht

in unserem Blickfeld. Die gesamte Handlungshoheit zum Strafvollzug ist auf die Bundesländer zersplittert. Mit einer solchen Aufgabe sind wir in den Ländern jedoch vielfach überfordert. Den damaligen Aufwand, betrieben unter der Devise „Sicherheit – koste es, was es wolle!“, können wir heute so nicht mehr leisten. Hier hat die Politik für sich schuldhaft verdrängt, dass dieses Thema für uns auf der Tagesordnung stehen wird.

Die Generalbundesanwaltschaft ermittelt und jede Landesjustizverwaltung muss dann in der Lage sein, die vollzugliche Sicherheit zu gewährleisten. Sind wir dazu tatsächlich in der Lage? Und was passiert mit solchen Fanatikern dann im Vollzug – Resozialisierung? Hier sagen selbst Vertreter des Generalbundesanwaltes, dass dieses Ziel bei dieser Tätergruppe völlig unrealistisch ist.

Aber hier bei uns im Vollzug sind sie eingesperrt, möglicherweise für den Rest ihres oft noch jungen Lebens. Die meisten aber nur auf Zeit. Wir sind schon kaum in der Lage, „normale“ Schwerverkriminalität mit Rechtssicherheit unterzubringen. Das zeigen die Diskussionen und die Probleme um die Sicherungsverwahrung nur zu deutlich. Das Problem ist nicht gelöst, es ist verdrängt. Hier stößt das System „Vollzug in Deutschland“ an seine Grenzen. Und diese Grenzen sind durch die politische Entscheidung zur kompletten „vollzuglichen Kleinstaaterei“ noch einmal enger gezogen worden.

Bei keinem unserer europäischen Nachbarn gibt es eine solche Dezentralisierung, eine solche Zersplitterung des Strafvollzuges inklusive der Strafvollzugsgesetzgebung.

Die Kette der Inneren Sicherheit als ein Garant der freiheitlichen Ordnung ist in Deutschland nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Das ist augenscheinlich der Strafvollzug. Hier muss politisch zentral im Interesse der Menschen in unserem Land und damit auch im Interessen der Strafvollzugsbediensteten nachgedacht und gehandelt werden, weil gerade dieser Teil der Sicherheit nicht vergessen werden darf!

Arbeitssitzung im thüringischen Arnstadt

Bundesvorstand verabschiedet Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit



Der Bundesvorstand veranstaltete seine diesjährige Arbeitssitzung im thüringischen Arnstadt. Bei herbstlicher Stimmung und im gediegenen Ambiente des Hotels „Gasthausbrauerei“ verabschiedete der Bundesvorstand die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Basisarbeit der nächsten Monate.

Bundesvorsitzender **Anton Bachl** erläuterte die aktuelle Arbeit der Bundesleitung und berichtete über die gewerkschaftlichen Initiativen, die derzeit die Arbeit der **dbb**-Bundesebene bestimmen. Zudem stimmte er die Landesvorsitzenden auf die Herausforderungen des

kommenden „Gewerkschaftsjahres“ ein. Vorrangig wird es bei den anstehenden tarifpolitischen Verhandlungen um eine signifikante Lohnsteigerung für die Beschäftigten der Länder gehen. Bundestarifvertreter **Klaus Neuenhüsges** erläuterte den Stand der Vorbereitung aus der Sicht der **dbb**-Tarifunion. Daneben wird der gewerkschaftliche Höhepunkt für die **BSBD**-Mitglieder der Bundesgewerkschaftstag sein, der im kommenden Herbst stattfinden wird.

In Vorbereitung darauf wird im Bundesverband auch eine Neugestaltung des **BSBD**-Designs entwickelt. Die Umstellung auf das Blau der Sicherheitskräfte ist bei der Gewerkschaftszeitung bereits

erfolgreich vollzogen. Zudem hat der Bundesvorstand an der Festveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen des Verbandes der Strafvollzugsbediensteten des Freistaates Thüringen in Arnstadt teilgenommen. Bundesvorsitzender **Anton Bachl** würdigte Thüringen stellvertretend für alle Ost-Verbände für die geleistete gewerkschaftliche und vollzugspolitische Aufbauarbeit. Hier, so **Anton Bachl**, wurden in einer beispiellosen Erfolgsgeschichte die Einheit Deutschlands, der Aufbau einer demokratischen Vollzugsstruktur und das oft völlige Umkrempeln der persönlichen Lebensbiographien bewältigt. Dies könne nicht hoch genug gelobt und anerkannt werden.



Alois Alzheimer gab 1906 den Anstoß und erforschte als erster die Krankheit des Vergessens.

Wir führen fort, was er begann.

Die Alzheimer Forschung Initiative e.V. ist heute der größte private Förderer der Alzheimer-Forschung in Deutschland.

Sie wollen mehr über die Krankheit wissen?

Wir informieren Sie kompetent und kostenlos:

Telefon: 0800 / 200 400 1

Senden Sie uns den Coupon zu:

Name

Vorname

Geboren am

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort



**ALZHEIMER
FORSCHUNG
INITIATIVE e.V.**

Grabenstraße 5 · 40213 Düsseldorf
www.alzheimer-forschung.de

Unser Spendenkonto:
Kto.-Nr.: 80 63 400 · BLZ 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft Köln